

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

36 (11.2.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Primat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenchus

Bezugspreis: monatlich 2,30 Mark o. Ohne Anstellung 2 Mark o. Durch die Post
2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Ersicht 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe
L. 2, Woblfstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Welfen-
straße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langenstraße 28

Die 9 gepaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, ihr auswärts
12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 6 Pfennig
48 Pfennig o. Rabatt nach Tarif, der bei Nichtannahme des
Anwerbers, bei gerichtlicher Entscheidung und bei Anwerber außer Kraft tritt o. Erlösungs-
Verpflichtung 18 Karlsruher L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Nummer 36 Karlsruhe / Samstag, den 11. Februar 1928 48. Jahrgang

Hindenburg für die Deutschnationalen

Der „Ketter“ soll helfen

Über einmal, wie schon früher, soll der „Ketter“ Hindenburg den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aus der Klemme helfen. Just zu der Zeit für die Rechte taucht wieder einmal ein Hindenburgbrief auf. Er ist nicht von ungefähr und wohl berechneter Zeitpunkt erschienen, so wie am 1. Januar 1927, als der Reichspräsident in einem an Herrn Marx den Bürgerblock aus der Taufe gehobenen Brief des Reichspräsidenten vom 20. Januar war die Forderung auf das Zentrum, um es auf die Linie der Deutschnationalen und namentlich von der Deutschen Volkspartei gewinnlosen Bürgerblockpolitik zu führen. Gegen diese Forderung hat das Zentrum seinen Einspruch erhoben — aber es hat sich gefügt.

Der Brief des Reichspräsidenten vom 9. Februar ist im Augenblick der letzten Verhandlungen um das Hindenburggesetz eine politische Forderung. Reichspräsident Hindenburg hat an den Reichspräsidenten Marx seinen Einspruch gerichtet.

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!
In der Hinsicht über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten der Regierungsparteien wegen des Hindenburggesetzes, die zu Auseinandersetzungen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichspräsident, nichts unerwünscht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrisis und ihre politischen Folgen zu vermeiden.

Der Reichstag hat zurzeit dringende und bedeutende Aufgaben zu erledigen. Die von dem Hindenburggesetz sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Maßnahmen zu beschließen, und es hat auch die Strafkammer ihrer Beschäftigung. Es würde meiner Meinung nach schwerer Schädigung vaterländischer Interessen und des deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schutzes eine unüberwindliche Regierungskrisis und eine Auflösung des Reiches notwendig würde. Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Führern der Regierungsparteien, diese Bedenken miteinzuteilen und anzuzeigen, um alle bestmöglichen Maßnahmen, dahin zu wirken, daß eine arbeitssfähige Regierung erhalten bleibt, die die wichtigen parlamentarischen Aufgaben und etwaige unüberwindliche Differenzen in der Schlußfrage des Hindenburggesetzes erledigen kann.

Dem Ausdruck meiner persönlichen Verehrung bin ich Ihnen sehr ergebener: es v. Hindenburg.

Wenn soll wohl mit diesem Schreiben ein Druck ausüben? Nach seinem Inhalt zu urteilen, könnte es sein, daß es sich abermals um eine Forderung auf die Konzentration handelt. Diesmal allerdings nicht nach dem Willen des Herrn Scholz, sondern nach den Wünschen der Deutschnationalen, die eine unüberwindlich qualende Angst vor dem Wahlsieger haben und deshalb die Forderung des Reichstags und den formellen Verfall der Koalition so lange wie möglich hinauszuziehen möchten. In Wahrheit ist dieser Brief aber vor allem ein harter Druck auf die Deutsche Volkspartei. Die Verhandlungen um das Hindenburggesetz sind noch nicht endgültig abgebrochen. Im Zentrum und bei den Deutschnationalen hat man die Hoffnung, daß die Volkspartei vor dem Dium der Koalition wird, Koalition und Parlament gesamt zu haben. Der Brief des Reichspräsidenten soll die Deutsche Volkspartei den Unfall erleichtern. Die Volkspartei will es. Das soll die Brücke sein, die von der Koalition getreten werden soll.

Die Gründe genommen aber stehen hinter dem Brief vom 1927 wie dem Brief vom Februar 1928 die gleichen sind. Der deutschnationale Einfluß auf den Reichstag und vielleicht auch noch jene agrarpolitischen Forderungen der Deutschnationalen, die bei einer raschen Auflösung des Reichstags im Wasser fallen könnten. Die Deutschnationalen wären, so hätten sie, getrieben von der Forderung des Reichstags, den Brief des Reichspräsidenten annehmen. Hindenburg, der „Ketter“ für die Deutschnationalen, der „Ketter“ vor dem Ende der Herrschaft der „Ketter“ auf Zeit.

Der Brief des Reichspräsidenten ist staatsrechtlich nicht bindend, wenn auch nicht außerhalb des Rahmens der Befugnisse. Er entspricht den Wünschen der Deutschnationalen, die sie für eine künftige Stellung des Reichspräsidenten verkündet haben. Störung der Koalition ist dem Reichspräsidenten, weitgehendes Mitspracherecht gegenüber den Parlamenten und den Parteien, verleiht sich, in der Richtung und nach den Wünschen der Deutschnationalen!

Der Reichstag wird das Ende der Koalition und die Hindenburggesetz vielleicht etwas verzögern, aber nicht aufzuschieben. Die deutschnationalen Herren, die diesen Brief geschrieben haben und an ihn Hoffnungen knüpfen, werden nur zu dem Zweck geschrieben, daß er gegen sie ausfällt: als ein Dokument der Deutschnationalen Wahlkampf und die Hindenburggesetz. Die erwartete „Rettung“ bringt die „Ketter“.

Was wird mit dem Schulgesetz?

Berlin, 11. Febr. (Zuntzdiel). Aus der heutigen Morgenpresse erfährt man, daß in den am Freitag abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien vor allem ein Kompromißvorschlag besprochen wurde, der schon am Freitag vormittags in der Germania angedeutet wurde und darauf abzielt, die Simultanschule aufrechtzuerhalten, zugleich aber in den Simultanschulen staatlich unterstützte konfessionelle Privatschulen zuzulassen.

Die Tägliche Rundschau sagt hierzu: „Eine Grundlage zur Einigung bietet dieser Vorschlag nach allgemeinem Urteil nicht, da die konfessionellen Privatschulen leicht in der Lage wären, den Simultanschulen die Schüler zu entziehen und sie damit lebensunfähig zu machen.“

Auch die Germania läßt sich heute wieder einmal vernehmen, indem sie schreibt: „Wir wissen noch nicht, wie die Verhandlungen verlaufen werden, die am Freitag begonnen haben und am Montag ihren Fortgang nehmen werden. Aber darüber sind wir uns klar, und darüber ist eine Täuschung gar nicht möglich, daß die Lage nicht weniger heftig und nicht weniger ernst beurteilt werden muß,

wie auch schon vor einigen Tagen. Noch gestern hat die Zentrumsfraktion des Reichstags in ihrer nur kurzen Sitzung bestimmt und es zum Ausdruck gebracht — und sie findet sich dabei in Uebereinstimmung mit allen führenden Instanzen — daß eine endgültige Entscheidung über das Schulgesetz in kürzester Zeit herbeigeführt werden muß.“

Über was soll werden, wenn das Schulgesetz doch noch scheitert? Darüber macht man sich insbesondere natürlich im deutschnationalen Lager Kopfzerbrechen und darum hat man schließlich auch den Brief des Reichspräsidenten befragt. Auffallend ist, daß es von dem seit Wochen in der ganzen Zentrumspresse angeknüpften Konsequenzen merklich Hilfe geworden ist. Man hört nichts mehr von dem Bruch der Bürgerblockkoalition, nichts mehr von der Zurückziehung der Zentrumsmittler, auch dann nicht, wenn der Etat erledigt sein sollte. Trotzdem dürfte die Regierungskoalition nach der Verabschiedung des Etats so gut wie vollkommen arbeitsunfähig sein. Bis dahin denkt man den Verzicht auf „alle Konsequenzen“ durch „eine gemeinschaftliche Erklärung“ der Bürgerblockparteien zu erläutern. In dieser Erklärung soll die Bereitschaft ausgesprochen werden, vor der Auflösung noch neben dem Etat die wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung zu erledigen.

Die Mietverschlechterung angenommen

Wo bleiben die sozialpolitischen Versprechungen

Berlin, 10. Febr. (Eig. Draht d. B.)
Der Reichstag nahm am Freitag die Schlußstimmen über die Verschlechterung des Mieterschutzes an.

Die Verschlechterung des Mieterschutzes ist nicht gefährlich und wird auch die Zustimmung der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Dann beschloß sich das Haus mit der Abänderung des Reichsmietengesetzes. Die Vorlage selbst ist nicht gefährlich und wird auch die Zustimmung der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Die Gesetzesnovelle sieht vor, daß die Vorschriften des Reichsmietengesetzes keine Anwendung finden auf Mietverträge, die über freigeordnete oder freizuerwerbende Räume nach dem 31. März 1928 abgeschlossen werden, und sich entweder ausschließlich auf Geschäftsräume oder auf solche Wohnungen beziehen, die abgesehen von Küche, Nebenzimmern und Mädchenkammer mindestens 6 Wohnräume haben.

Die Sozialdemokratie ließ durch eine energische Rede des Abg. Kubitz gegen den Mißbrauch des Reichsmietengesetzes durch die Reichsregierung sprechen. Sie beantragte die Streichung des § 22, der der Regierung weitgehende Möglichkeiten zur Loderung des Mieterschutzes gibt. Die zweimalige Erhöhung der Mieten um je 10 Prozent hat, wie Kubitz hervorhebt, in einem Jahr 100 Millionen Mark aus den Mietern herausgeholt. In diesem Zusammenhang schilderte der sozialdemokratische Redner die verwerfende mittelstandsfeindliche Politik durch die Herabsetzung der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz. Er kündigte an, daß die Sozialdemokratie bei den entsprechenden Etats Herabsetzung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete und vollen Verbrauch der Hausinspektoren zum Wohnungsbau beantragen werde. Dem Zentrum hielt er vor, daß es sich in der Mieterschutzesfrage seit dem Jahre 1922 hart gewandelt habe. Demals sei die Mieterschutzesfrage von Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam gemacht worden. Jetzt mache sich der schärfste Einfluß der Reichsregierung auf das Zentrum geltend.

Die Deutschnationalen ließen durch den Abg. Steininger ein Klagegedicht über die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien anstimmen und verurteilten ihre mieterfeindliche Politik angesichts der drohenden Wahlen möglichst zu verbergen. Diese Wahlkurve rief auch ein wüßtes Schimpfkonzept zwischen dem Wirtschaftsparteiler Lude und dem volksparteilichen Renommierarbeiter Wimmelhof hervor. Sie warfen sich gegenseitig Volksbeirat vor und hatten wahrheitsgemäß alle beide recht.

Frech begründete der Volksparteiliche Dr. Zapf den Antrag, der die Wohnungsmieter und die Mieteneinigungsämter zum 1. Juli aufheben und auch dem Wohnungsmietergesetz den Todesstoß geben will, als sofort freie Ausbeutungswirtschaft.

Es wurde lustig bei der Abstimmung über diesen Antrag, der natürlich schon vor der Koalitionsteile und der unmittelbar drohenden Reichstagsauflösung gestellt war. Die Herren hatten namentlich die Abstimmung gewünscht. Als aber der Präsident die Unterstufungsfrage stellte, fanden kaum ein Dutzend Abgeordnete im Bürgerblock den Mut, sich mit ihrem Namen zu dem Antrag zu erklären. Unter allgemeiner Heiterkeit mußte die namentliche Abstimmung unterbleiben. Der Antrag selbst wurde abgelehnt, weil die jästotternde Wahlkurve es dem Bürgerblock nicht angedrückt erschienen ließ, dem Antrag auszustimmen.

Die sozialdemokratischen Anträge zur Verbesserung des Reichsmietengesetzes wurden abgelehnt. Hier erhob sich noch einmal der kompakte Bürgerblock, um unsere Anträge niederzustimmen.

Eine ruhige, vorsichtig abgemessene Rede zur Einführung seines Etats hielt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Er behauptete, daß 55 v. H. der Reichsbeamten in Deutschland eine Arbeitszeit bis zu 48 Stunden die Woche hätten. Der Arbeitstenden-

tas dringe also vor. Das Washingtoner Abkommen hält er nach der Ablehnung der Ratifikation durch die englische konservative Regierung für einseitig erleidet. Es müsse nun umso mehr ein deutliches Arbeitsschutzgesetz kommen. Es sei im Reichstag schon nahezu fertig. Er glaubt aber dennoch, daß die Entwicklung auch zu internationalen Abkommen über die Arbeitszeit führen werde. Dann polemisierte der Reichsarbeitsminister gegen die Essengewaltigen. Er meinte weiter, eine Mietpreiserhöhung stehe nicht bevor. Das Haus schmunzelt. Gewiß, vor den Wahlen nicht mehr! Für den Wohnungsbau soll ein Reichswirtschaftskredit von 200 Millionen Mark durch den Erlass der Kapitalertragssteuer für Banken und Pfandbriefunternehmungen, soweit sie größere Summen für den Wohnungsbau bereitstellen, bewilligt werden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Grotewohl stellt hiernach als Redner fest, daß manche Bemerkungen des Reichsarbeitsministers gegen dessen einseitige Koalitionsfreunde sich richten. In einer klaren, sorgfältig aufgearbeiteten und wohl begründeten Rede zog er die sozialpolitische Bilanz des Bürgerblocks. Habe nicht Marx in seiner Antrittsrede eine Verbesserung der Sozialfürsorge, eine Verjüngung der Kleinrentner und ein Arbeitsschutzgesetz als sofort zu verwirklichenden angeknüpft?

Wo seien diese Gesetze?
Nichts sei auf diesen Gebieten geschehen: Von der Arbeitslosenversicherung, die nach jahrelangem Kampf der Gewerkschaften sehr unvollkommen verwirklicht sei, sagte der Koalitionsfreund des Reichsarbeitsministers im Landtag, diese Versicherung sei eine verwerfliche Angelegenheit. Der Redner nagelte dann den Reichsarbeitsminister auf einen Widerspruch zwischen seiner Denkschrift über die Wohnungsfrage und seiner Rede fest. In der Denkschrift habe der Reichsarbeitsminister weitere Mietpreiserhöhungen keineswegs so von der Hand gewiesen, wie jetzt vor dem Parlament und vor dem Volk. Mit entzückenden Worten trat der sozialdemokratische Abgeordnete für die älteren Anseher und Arbeiter ein, für die schleunigst etwas geschehen müsse. Ueberrall könne ihnen das „zu alt!“ entgegen. Grotewohl schloß mit einer arbeitsfähigen Heraushebung der Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialpolitik. Da gebe es für uns kein Weichen von den in jahrelangem Ringen erworbenen Linien. Schließlich sei der Kampf gegen die Sozialpolitik gar nichts anderes als der Kampf gegen die Selbsthilfe der Arbeiter und ihren Aufstieg.

Nun wurde der in jüngster Zeit viel genannte Bergarbeiterführer Im. vom Zentrum auf die Tribüne gerufen. Er hatte die Ehre, eine Wahlrede für die christlichen Arbeiter zu halten. Seine Fraktionsfreunde, auch soweit sie Gewerkschafter sind, hörten die Rede geduldig an. So kurz vor den Wahlen ist es schon notwendig, daß auch von christlichen Arbeiterführern radikale Töne herbeigeholt werden. Er redet, als habe das Zentrum zum Bürgerblock dauernd in Opposition gestanden. Er gibt zu, daß jeder Apoll an das Unternehmertum fruchtlos ist, also trotz aller Religion, trotz aller bischöflichen Mahnungen. Er will Befreiung der Drogen. Er will höhere gesellschaftliche und materielle Anerkennung der körperlichen Arbeit. Er will hundert andere Dinge mehr, die wir Sozialdemokraten seit Jahrzehnten vertreten. So domert er bald eine Stunde lang radikal dabei. Dann steigt er die Tribüne herab und nimmt Platz an der Seite der Zentrumskapitalisten, denen er soeben ihr Sündenregister vorgehalten hat. Eine Wahlrede war es, die da der christliche Arbeiterführer gehalten hat. Nach den Wahlen wird Herr Ambusch wieder ein gehorliches sanftes Lämmlein werden.

Die Sozialdemokratischen Anträge zur Verbesserung des Reichsmietengesetzes wurden abgelehnt. Hier erhob sich noch einmal der kompakte Bürgerblock, um unsere Anträge niederzustimmen.

Eine ruhige, vorsichtig abgemessene Rede zur Einführung seines Etats hielt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Er behauptete, daß 55 v. H. der Reichsbeamten in Deutschland eine Arbeitszeit bis zu 48 Stunden die Woche hätten. Der Arbeitstenden-

Die Aufgaben der Reichswehr

Erklärungen Gröners

Berlin, 10. Februar 1928.

In dem Saale des Hauptausschusses des Reichstags entfalte sich am Freitag das alte Bild, das man bei der Beratung des Reichswehrvertrags zu sehen gewohnt ist. Rechts vom Vorsitzenden ein grüngraues Gewimmel von Uniformen, nur von einigen marineblauen Flecken unterbrochen. Es sind die bekannten Uniformen und die bekannten Gesichter. Nur der Herr in Zivil rechts vom Vorsitzenden Heimann ist nicht mehr derselbe, den man sieben Jahre lang an dieser Stelle gesehen hat. Alle Aufmerksamkeit wendet sich dem neuen Mann zu, dem der Vorsitzende gleich zu Beginn der statt besuchten Sitzung das Wort erteilt.

Reichswehrminister Gröner

führt u. a. aus: Die Aufgabe der Wehrmacht der Deutschen Republik im Gegenatz zum alten Heer des kaiserlichen Deutschlands ist durch den Versailles Vertrag vorgezeichnet. Wir sind durch den Versailles Vertrag in einer Weise gefesselt, wie es für ein souveränes Volk fast unerträglich ist. Wir sind aber an diese Bestimmungen einmal gebunden. Im Sinne der Kriegführung der Vergangenheit ist die Verwendung der Reichswehr nicht möglich. Aber wie die Kriegskunst weitergehen wird, wissen wir nicht. Es bleibt nichts übrig, als die Augen offen zu halten und zu beobachten, wie die weitere Entwicklung auf diesem Gebiete sich gestaltet. Der hier und da auftauchende Gedanke, daß die Reichswehr ein überflüssiges Instrument wäre, ist ganz abwegig. Wer diesen Gedanken hegt, verkennt die im Wesen der Völker waltenden Kräfte. Ob diese sich später ändern werden, weiß ich noch nicht. Vorläufig sieht es nicht danach aus. Deshalb muß auch die Reichswehr ein

schlagkräftiges und manövrierfähiges Instrument

bleiben. Ich möchte wünschen, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nie mehr in diese innere Gärung einzureisen braucht.

Die Reichswehr muß doch unter allen Umständen bereit sein, und die Sicherheit geben, daß niemand es wagt, an einen Umsturz zu denken. Die Reichswehr ist ein Instrument für die Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung. Deshalb muß auch jedes Glied der Reichswehr ein

treuer und zuverlässiger Staatsbürger

sein. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung im weitesten Umfange besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen, und ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird. — Die Tradition sehe ich nicht in Keuschlichkeiten, ich verlange von jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Verganzenheit ehrt, daß er die Taten der Väter und die Ehre des deutschen Volkes auch in der Vergangenheit hochhält. Wir dürfen die Taten dieses allzuden Kriegsinstrumentes nicht geringer einschätzen als unsere Feinde. Wir hoffen, daß die Selbstmordseuche mehr und mehr verschwinden wird. Wir wollen uns absolut loyal dem Staate und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit in engerem Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet. Wenn die

Rheubus-Angelegenheit

den Eindruck erwecken ließe, als ob wir in finanziellen und wirtschaftspolitischen Dingen einen Ehrgeiz hätten, so ist das eine abwegige Anschauung. Es wird alles geordnet, um jeden Verdacht in dieser Richtung restlos auszuraumen. (Zuruf: Kieler Waffenschlebung.) Ich werde alles tun, jeder illegalen Selbsthändigkeit ein Ende zu bereiten. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin“ teile ich nicht. Ich kann wirklich hinter diesem Besuch nichts Besonderes finden. Ob in allen Dingen angemessen dabei vorgegangen worden ist, will ich nicht erörtern.

In Bezug auf die

Kieler Waffenschlebung

sagte der Minister wörtlich: „Es ist eine gewöhnliche gemeine Schlebung, die vor dem Staatsanwalt gehört. Ich wünsche, daß alle gemeinen Kerle, die beteiligt sind, rüchstlos gefast werden. Sollte sich herausstellen, daß ein Reichswehrangehöriger beteiligt ist, so liegt er in weitem Bogen hinaus (Zuruf: Wobin? — Weiter-

seit.) Den Strafantrag gegen das Berliner Tageblatt billige ich. Durch ihn wird Klärung geschaffen. Die beschuldigten Offiziere haben ehrenwörtlich versichert, daß sie nichts mit der Angelegenheit zu tun haben.

Zur Rheubus-Affäre führte Gröner noch aus: Die Fesseln des Vertrages von Versailles liegen in Kapitän Lohmann die Idee auszuweisen, an dem durch den Friedensvertrag nicht verbotenen Kampf der Weltanschauungen innerhalb und außerhalb Deutschlands ein Interesse zu nehmen. Er sah eine Gelegenheit dafür, auf dem Gebiete des Films, da die Regierungen vieler anderer Länder schon seit Jahr und Tag bemüht sind, sich dieses neuen Propagandamittels durch Einflußnahme zur Wahrung nationaler Belange zu bedienen. Bei dem Fehlen einer solchen Reichsstelle glaubte Kapitän Lohmann das gleiche Ziel dadurch erreichen zu können, daß er sich mit Geldmitteln an einer deutschen Filmgesellschaft beteiligte.

Als erster Diskussionsredner führte der sozialdemokratische Abgeordnete

Künster

aus, daß der Reichswehrminister Gröner ein wichtiges und schweres Amt übernommen habe. In seiner Antrittsrede habe er für die Aufgaben der Reichswehr und ihre Stellung zum Staat und seinen Symbolen wichtige Worte gefunden. Bei aller Lokalität gegenüber dem Minister werde er es aber der Sozialdemokratie nicht verzeihen können, wenn sie seinen Versicherungen zunächst mit harter Zurückhaltung begegnet, Künster wies dann noch auf die Unzulänglichkeit des jetzt bestehenden Budgets hin und begründete dann im Namen der Sozialdemokratie folgende Entschlüsse:

„Die großen finanziellen Schwierigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden, die im Jahre 1929 erheblich steigenden Reparationslasten zwinzen zur äußersten Sparsamkeit auf allen Gebieten. Um eine Gefährdung wichtiger sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden zu verhüten, wird die Reichsregierung ersucht, im Etat des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1929 die Ausgaben so zu beschränken, daß der Zuschußbedarf 500 Millionen Mark nicht überschreitet. Rechtzeitig ist dabei für eine sparsame Verwendung der Restmittel und für einen allmählichen Abbau der Ausgaben zu sorgen.“

In seiner Erläuterung wies Künster schließlich darauf hin, daß ein Abbau der Ausgaben bei den Kosten für Bekleidung, Wohnung und Bekleidung der Mannschaften natürlich nicht eintreten dürfte.

Landtagswahlgesetz und Splitterpartei

Der vor einiger Zeit aufgrund der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Splitterparteien von der badischen Regierung freiwillig angebotene Gesetz über die Abänderung des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 15. Oktober ist dem badischen Landtag zugegangen.

Das uns hier nicht im Wortlaut bekannte Gesetz sieht, soweit wir die Intentionen der badischen Regierung kennen, nur eine Änderung der §§ 3 und 26 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 15. Oktober vor und zwar in dem Sinne, daß sie in Absatz der genannten Paragraphen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden soll.

Die badische Regierung hat so aus freien Stücken eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, welche die weitere Tätigkeit der Splitterparteien unmöglich macht. Ob die Wünsche der Splitterparteien damit erfüllt werden, möchten wir fraglich bezweifeln. Denn allgemach werden die breiten Volksteile, auch solche weniger politisch geschulter Art, bekräftigen haben, was es mit den Splitterparteien auf sich hat und welche ein Krebsgeschwür sie in der praktischen Demokratie bedeuten.

Was die Sozialdemokratie betrifft, so handelt es sich für sie einseitig um die Arbeitsfähigkeit der Parlamente. Den Splitter-

Briand und die deutschen Wähler

Ergänzung aus dem stenographischen Bericht

Unser Pariser O-Mitarbeiter schreibt uns:

Der stenographische Vortrags der großen Senatssitzung liegt jetzt vor. Er füllt mehr als neun Spalten der Zeitung, etwa 15 Spalten eines deutschen Blattes mit normalem Text. Die aufmerksamere Lektüre dieses Dokuments bestätigt den Eindruck, den man aus den gekürzten telegraphischen Berichten gewonnen hatte. Briand hat zweieinhalb Stunden lang gesprochen, wie es seiner Gewohnheit entspricht. Aber so sehr auch seine rhetorische Leistung gewesen sein mag, inhaltlich zusammenhanglos und widerprüchlich. Kein logischer Gedanke, sondern nur ein Grundgedanke: Friede und Verständigung. Könnte daher meinen, daß Briand selbst nicht weiß, was er mit Deutschland und die baldige Räumung des Rheinlandes oder er sehr gut begreift, daß sie die Voraussetzung einer Annäherung ist. Aber er konnte sich vor den Wahlen in Frankreich und Deutschland unmöglich klar ausdrücken und festlegen, mal, um den französischen Nationalisten nicht Anstoß zu geben, andererseits, weil er die Räumung nicht ankündigt, weil er sie nicht einmal verhandelt will, solange die nationalen in der Regierung sitzen. Das konnte er nicht sagen, weil der diplomatische Brauch eine offene „Einmütigkeit“ die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Landes zu beurteilen, aber er hat es an verschiedenen Stellen mindestens angedeutet und es ist bedauerlich, daß gerade diese Stellen in den deutschen Presse entweder unklar waren oder gar falsch ten sind. So erklärte der französische Außenminister z. B.:

„Wenn wir im kommenden Jahre eine Befestigung des baltischen Regimes in Deutschland feststellen könnten, wir dort leben könnten, daß gewisse Parteien an Stärke zunehmen würden, wir vielleicht hinsichtlich der Sicherheit der normalen Anwendung des „Völkerbunds“-Mechanismus von dem Herr Stresemann sprach, unberücksichtigt sein.“

Außerdem hat Briand keineswegs erklärt, wie es z. B. die WTB-Bericht über die Reparationsfrage nach im Zusammenhang mit ihrer Gesamtheit geregelt würde, sondern er hat Schulden- und Reparationsproblem lediglich gesagt:

„Ich glaube nicht, daß das Jahr 1928 zu Ende gehen würde ohne daß wichtige Fragen geregelt werden.“

Das ist nicht ganz dasselbe. Jedenfalls ist es bedauerlich und man möchte beinahe sagen: aufpassen —, daß gerade die Stellen der Rede Briands über die Folgen der kommenden Wahlen in dem Bericht der offiziellen deutschen Telegrafentextur so mangelhaft wiedergegeben wurden. Es müßte die Aufgabe der sozialdemokratischen Presse sein, diese mangelhaften Ergänzungen vorzunehmen, damit die republikanischen Wähler Deutschlands die außenpolitische Bedeutung der kommenden klar erkennen.

Schweres Blut

Roman von Subani Aho

(Nachdruck verboten)

36 (Fortsetzung.)
„Es war schlecht von mir, daß ich dir nicht zu Hilfe gekommen bin...“
„Du kamst ja doch?“
„Woher weißt du das?“
„Ich habe dich ja gesehen, als du an der Badestube standest... dort...“
„Warst du dort? In der Badestube... dort?“
„Ich hab dich kommen und weggehen sehen.“
„Und hast nicht gerufen?“
„Ich durfte nicht...“
„Hätten sie dir einen Knebel in den Mund gesteckt?“
„Maria hatte ihm den Rücken zukehrt. Jetzt wandte sie sich herum, und aus ihrem Munde alit es so leicht und friedlich, daß sie sich selbst darüber wunderte:
„Nein, aber ich wagte nicht, weil sie gedroht hatten, sie würden mich totschlagen, wenn ich irgend wem meinen Aufenthalt verrate. Sie hätten jedenfalls dich totgeschlagen, wenn sie erfahren hätten, wer du warst.“
„Suba stand da wie vom Donner gerührt.“
„Du warst da... und ich sollte nicht wissen... und kam nicht hinein, obwohl ich die Tür in der Badestube geöffnet hatte — aber weil dort ein Kind war, das bitterlich zu weinen anfing...“
In Maria suchte es auf und sie sagte schnell, hastig:
„Das war das Kind einer Leibeigenen des Schiffs... ich hätte es, weil keine Mutter auf gegen mich war. Sie war geraubt und in das Schiff gebracht worden.“
„Wie du?“
„Ja, da sie sie mißhandelten, kam sie mit ihrem Kind weinend zu mir, als ich wegsing. Nimm, nimm mich mit, flehte sie.“
„Maria sprach schnell, wie hingeküßt, so daß es auch Suba erging.“
„Warum hast du sie nicht mitgenommen?“
„Maria traten die Tränen in die Augen, indem sie sich erinnerte, wie Maria sie mit dem Kinde eine kurze Strecke begleitet hatte.“

„Sie lief mir nach, die Aermste, über die Seide mit ihrem Kinde.“
„Warum hast du sie nicht mitgenommen?“ fragte Suba, ebenfalls immer mehr gerührt.
„Sie hätte es ja nicht mit dem Kinde getollt.“
„Wenn ihr es abwechselnd getragen hätte.“
„Das hätten wir ja getollt, aber wohin wären wir... was wäre hier aus ihnen geworden, wenn es gegangen wäre — wer hätte sie hier in sein Haus genommen?“
„Sie hätte hierher zu uns kommen können. Wir hätten sie doch wohl nicht in den Wald gejagt, wenn sie gekommen wäre.“
„Wer weiß, ob die Schwiegermutter sie nicht weggejagt hätte.“
„Die Mutter? Die hat hier nichts mehr zu sagen!“ brauste Suba auf.
„Wer weiß, vielleicht kommt sie ja noch einmal mit ihm her.“
„Das sie nur kommen. Bei uns kann sie ja bleiben, so lange sie will, weil sie gut gegen dich gewesen ist.“
„Gut war sie.“
„War sie aus unserer Gegend geraubt?“
„Ich glaube, sie war wohl aus ihrem eigenen Lande.“
„Maria findet sich dabei, wie sie Wasser aus dem Brunnen heraufholte, ohne sich erinnern zu können, weshalb sie sich aufgemacht, es zu holen. Wie war das so leicht gegangen? — Jetzt ist alles so weit vorbereitet! Er ahnt nichts und argwöhnt nichts. Niemand kann er sich denken, daß ich ihn auf die Weise belügen konnte. Wie konnte das so leicht gehen? Ich muß versuchen, gut gegen ihn zu sein. Ich muß ihm all das Böse lohnen, das ich getan habe. Wenn ich nur so gegen ihn sein könnte, wie ich möchte. Dort geht er hin, wie um etwas bittend, ich und ängstlich, wie früher, wenn er mit mir reden wollte und ich nichts dazu tun konnte... nichts, wie sehr ich auch versuche. Was könnte ich ihm tun, was könnte ich ihm lazen?“
„Suba hatte nicht in Worte zu fassen verstanden, was er gern gesagt hätte. Aber er mußte es lazen können, auf der Stelle, noch heute abend. Maria durfte nicht länger in dem Glauben wandeln. Er sieht Maria mit müden Schritten nach ihrem Speicher gehen und beachtet sich nach einer Weile dahin, indem er sich schon auf die Schwelle legt, wo zuletzt Schmeißer gefressen hatte. Maria hat eine Räherin auf ihrem Arke. Was näht sie? Einen Knopf an ein Hemd — an mein Hemd? Kaum ist sie da, so fängt sie schon an einen Knopf an mein Hemd zu nähen, das nicht fertig geworden war, als sie ging.“
„Ich bin ja gewiß gekommen, wie du sagtest. Aber ich hätte

doch viel früher kommen sollen, auf der Stelle. Und ich hätte auch gekommen... Ich habe mir selbst deswegen Vorwürfe gemacht und mache sie mir noch jetzt.“
„Wohin das noch?“
„Wenn du mir das versiechen könntest — und noch anderes.“
„Versiechen? Was?“ fragte Maria verwundert.
„Ich habe ja — ich habe ja zuerst geglaubt, du wärest gegangen.“
„Suba wartete, aber er erhielt keine Antwort. Maria sah den Kopf auf die Räherin.
„Ich hätte ja nicht... aber da mir meine Mutter immer Gift ins Ohr röhrt — du müßt es mir versiechen, wenn da nur...“
„Ich weiß nicht, was ich tun soll, wenn du mir nicht versiechen willst.“
„Das ist ja nichts“, sagte Maria ausweichend.
„Doch — daß ich so etwas von dir denken konnte, die... und daß ich der Mutter und vielleicht auch den anderen den Teufel redete — daß ich mir statt deiner eine neue, reiche, wollte und keine Bettlerin wieder... obwohl du noch gar tot warst, sondern nur jenseits der Grenze... und der eine bauen wollte wie ein Krämer in der Stadt... und Grille... befestigte... höhnische... an dich. Jetzt weißt du, was für ich bin... während du dort weggeschminkt warst und als eigene abgaben würdest... da habe ich so etwas...“
Er war zu Maria gekommen und hatte ihre Hand ergriffen. Er mußte es los werden, die Rührung begann ihm in der Brust zu schwellen und drohte hervorzuwachen, er mußte Maria sen und hinausgehen, vor seiner Bewegung irgend was zu fliehen. Aber schon hinter den Scheitern mußte er ihr freies lassen.
„Sie hat mir noch nicht versiechen, es schien nicht, als hätte sie es. Aber mag sie mich damit strafen... sie darf mich strafen, sie will, nachdem ich es ihr endlich habe lazen können... sie weiß, was für einer ich bin... und nun weiß sie es.“
„Maria hörte Subas Rährung. Er bittet mich um Verzeihung. Wenn er aber einmal erfährt, wie es ist, dann brennt er mich oder sich um. So ist er. Soll ich ihm alles mitteilen? Ich könnte ich ihm noch so belügen? Was soll hieraus werden? Ich soll ich sein?“
„Aber sie war so müde, daß sie nur dies wußte: Ich kann nicht, mag es gehen, wie es geht.“
(Fortsetzung folgt.)

Beeilen Sie sich!

Unser Sonder-Verkauf in Kleidung, Wäsche, Weiß- und Wollwaren etc. dauert nur noch einige Tage!

33 1/3 % Rabatt

Erstklassige Qualitäten! Grosse Auswahl!

33 1/3 % Rabatt

Gegründet 1880 Wilh. Wolff, G.m.b.H., Mannheim Gegründet 1880

Geschäftsstelle: WILHELM STAIBER/BRUCHSAL

Hoheneggerplatz 1 Hoheneggerplatz 1

Freireligiöse Gemein

Sonntag, den 12. Februar 1928, vormitt. 10 Uhr im Saale der Handelskammer, Karlsruherstr. 10

Sonntags-Feier

Vortrag des Herrn Prediger Saenger, Karlsruhe über: „Kämpfer freier Religion IV. Semester“. Der Zutritt ist jedermann gestattet.

Pferdeverfeigerung.

Am Mittwoch, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, werden aus der Stallung der Bad. Polizei am Hofe der ehem. Art.-Kaserne, Wolfstr. 18, neun über ähnl. gute Zugpferde meistbietend gegen Versteigerung öffentlich versteigert. Karlsruhe, den 12. Februar 1928. Badische Polizei.

Rohrstühle

werden geflochten u. repariert. F. Meis, Stuhl-Hecherei, Luisenstr. 40.

Schrank

2 türlich, 140 breit, sowie Toilette 1796

mit 3 Spiegeln, gute Ausführung, preiswert zu verkaufen. Halte mich empfohlen im Ausprobieren von Möbeln in u. außer dem Hause, sowie für alle in Frage kommenden Reparaturen, auch Anfertigung aller Möbelstücke in jeder Holzart.

Anton Miltner, Schreinermeister, Adlerstraße Nr. 9.

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus

Bis Mittwoch 15. Februar 20.15 Uhr Samstag und Mittwoch auch 8 Uhr Sonntag, 12. Februar, nur 10 Uhr

Das edle Blut

Ein Drama nach der Novelle von Ernst von Wildenbruch

Musikbegleitung: Polizeikapelle

Preise Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich 1746

Amfiche Bekanntmachungen

Deffe tliche Erinnerung.

I. Es sind zu errichten:
a) auf 15. Februar 1928 die Einkommenssteuerorauszahlung für 1927/28 durch die Landwirte in Höhe eines Viertel der zuletzt festgesetzten Einkommenssteuer, nebst 10 v. H. Landbestimmungssteuergleichheit.
b) auf 15. Februar 1928 die erste Vermögensgegenstandsauszahlung für 1928 (ein Viertel der im letzten Steuerbeleg festgesetzten Schuld).
II. Nach rechtsseitig bezahlte Abgabenbeiträge werden im Vollnahmeverfahren erhoben oder beigetrieben. Man zahle barlos und verneine keine Steuernummer anzugeben. 240
Karlsruhe, den 9. Februar 1928.
Die Finanzämter
Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Durlach.

Stadt. Sparkasse Karlsruhe

Die Kassen der

Geschäftsleitung

des Sekretariats, der Hauptbuchhaltung, Kassakontrolle (die sich bisher im 3. Stad. 300, Ringstr. 100, befunden haben) sind nunmehr in den 3. Stad. unteres Hauses am

Marktplatz

verlegt. 241
Girabteilung und Sparkasse befinden sich vorerst noch im Hause 300, Ringstr. 100.

Städtisches Sparkassenamt.

Fleischlieferung.

Die Fleischlieferung für das Stadt Krankenhaus soll für die Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 vergeben werden.
Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens

Freitag, den 24. Februar 1928 vormittags 9 Uhr

bei uns, Verwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 14, wobei die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können, einzureichen.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt ausdrücklich vorbehalten. 238
Karlsruhe, den 8. Februar 1928.

Stadt. Krankenhaus.

Mahnung.

Verfallene Kirchensteuern sind binnen 8 Tagen zu bezahlen. 1729
Karlsruhe, den 3. Februar 1928.
Evang. Gemeindeamt.

Mahnung

Die Beiträge der Arbeitgeber für den abgelaufenen Monat waren vom 4. bis 10. ds. Mts. an unserem Kassenschatz eingezahlt. Die Hinzuzehenden haben jeweils Gelegenheit, bei der Vorzahlung der Rechnung, sofort an den Erheber Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsvollstreckung durchzuführen werden müßte.

Bestehende Mahnung gilt nicht für Arbeitgeber, welche die Beiträge innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben.

Karlsruhe, den 11. Februar 1928.

Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Der Vorstand: B. D. 61



Billige Mittelmeerreisen

NACH PALASTINA/AGYPTEN 11. April ab Genua
NACH GRIECHENLAND/KONSTANTINOPEL 3. Mai ab Venedig

MIT »MONTE SARMIENTO«
SCHIFFSFAHRPREIS einschließlich voller Verpflegung VON RM. 260.- AN

HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT

Auskünfte und Fahrkarten für alle Klassen durch
Verkehrsverein Karlsruhe, Kaiserstraße 159,
Carl Wilhelm Wagner, Offenbach i. B., Langstraße 18
Max Vogel, Bruchsal, Durlacher Straße 6
Hermann Göhringer, Pforzheim, im Rathaus

UNION-THEATER

Ab heute! Der Film der 1000 Abenteuer

Douglas Fairbanks

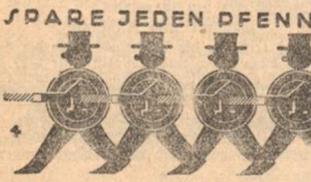
in

Der Mann mit der Peitsche

8 große Akte der Sensation, der Schönheit und des Humors

Die schönste Abenteuer-Erzählung, die je verfilmt wurde.

SPARE JEDEN PFENNIG



WIR BRINGEN ZINSEN

und zwar:
7 1/2 % auf Spareinlagen mit täglicher Kündigung bis 9 % bei längeren Kündigungsfristen

Badische Landwirtschafts-Bank, Karlsruhe

Lauterbergstrasse 3

Haftsumme 20 Mill., Reserven u. Geschäftsanteile 2,3 Mill.

Empfehle meine prima

Fleisch- u. Wurstwaren

in nur 1. Qualität

Besonders preiswert:

Schinken gel. . . 1/4 Pfd. 65 Pfg.	Schwarzenmaggen weiß und rot. . . 1/4 Pfd. 25 Pfg.
Salami la. . . 1/4 " 65 "	Wettwurst . . . 1/4 " 45 "
Bierwurst . . . 1/4 " 50 "	Salzleberwurst . . . 1/4 " 45 "
la Leberwurst zum Streichen . . . 1/4 " 25 "	Krautwurst . . . 1/4 Pfd. 1.-

Täglich frische Schweinefleisch sowie alle anderen Wurstwaren in bekannter Güte

Modernst eingerichtete Arbeitsräume — Verpflegung jederzeit gerne gestattet — Lieferung frei Haus

Eugen Maifisch, Metzgermeister

Schillerstraße 25 Karlsruhe Telefon 2442

Allg. Ortskrankenkasse B.-Baden.

Wahl der Vorstandsmitglieder betr. Nachstehend bringen wir gemäß §§ 18 und 25 der Wahlordnung zur öffentlichen Kenntnis, daß auf unser Wahlaustragen vom 21. Dez. 1927 (§ 101 der Satzungen) innerhalb der folgenden Fristen folgende Wahlvorschläge eingegangen sind:
A) Für die Vorstandsmitglieder: eine Liste.
Da an dieser Verfassungsliste im Ganzen nur solche wählbare Bewerber benannt sind, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten gemäß § 9 der Wahlordnung alle in der Verfassungsliste bezeichneten Personen in der Reihenfolge des Vorschlags als gewählt und zwar:

I. Vorstandsmitglieder:

1. Hoff, Albert, Bildhauermeister, B.-Baden
2. Böckel, Emil, Mühlener, Baden-Dos
3. Braunagel, Josef, sen., Schlossermeister, Baden-Baden.

II. Ersatzliste:

1. Zoes, Gustav, Kaufmann und Stadtrat, Baden-Baden
2. Bögel, Max, Gärtnermeister, Baden-Baden
3. Meicher, Berthold, Mühlener, Baden-Baden
4. May, Emil, Betriebsleiter, Baden-Baden
5. Oberlin, Helene, Vorsteherin, Baden-Elmental
6. Straub, Emil, Malermeister, Baden-Baden

B) Für die Verordneten:
Für diese waren bis zum Einreichungstermin der Wahlvorschläge zwei Listen eingegangen, welche aber bis zum festgesetzten Termin für Einreichung von Einzelstimmen in eine Einheitsliste verbunden wurden, so daß auch hier, nachdem die Listen im Ganzen nur solche Bewerber enthalten, wie Vertreter zu wählen sind (§ 7 der Wahlordnung) alle in der Verfassungsliste verzeichneten Personen nach § 10 der Wahlordnung als gewählt gelten und zwar:

A) Liste Nr. 1 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

1. Dleuer, Adolf, Schuhmacher, Baden-Baden
2. Schneider, Mathias, Schreiner, Döschweuren
3. Dürr, Wilhelm, Schneider, Baden-Baden

II. Ersatzliste:

1. Krahl, Karl, Schneider, Baden-Baden
2. Schell, Alois, Zöpfer, Baden-Dos
3. Wirth, August, Schwalbentier, Döschweuren
4. Wölfler, Eugen, Schuhmacher, Baden-Baden
5. Berner, Hermann, Holzbauer, Baden-Baden
6. Schmiedelbecher, Karl, Kaufmann, Angelflecker, Baden-Baden

B) Liste Nr. 2 des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

1. Wirtgen, Adolf, Oberkassierer, Baden-Elmental
2. Krumpholtz, Albert, Gewerksch.-Sekretär, B.-Baden
3. Dietrich, Hermann, Kaufmann, Baden-Baden

II. Ersatzliste:

1. Matthes, Max, Kantengestalter, Baden-Baden
2. Glas, Ernst, Elektromonteur, Baden-Baden
3. Kleinfuß, Gustav, Oberkassierer, Baden-Elmental

Für die Ersatzliste: Friedrich, Schloffer, Geroldsdorf, Mühlener, Emil, Stadtrat, Baden-Baden

Es findet somit sowohl für die Arbeitgeber, wie für die Verordneten keine Wahl statt. Gegenwärtige Bekanntmachung des Wahlgeschäftes erfolgt mit dem Anfügen, daß die Gültigkeit der Wahl binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung des Ergebnisses beim Verbandsamt in Karlsruhe angefochten werden kann, welches nach § 33 A.B.O. entscheidet.

Karlsruhe, den 7. Februar 1928.

Allgemeine Ortskrankenkasse Baden-Baden

Der Vorstand: B. D. 609

Gartenstadt Grünwald

Muster-Rück

Wir haben im Hause Charlottenberg eine moderne gebrauchsfähige Küche mit eingebauten Möbeln erstellt und laden zur Besichtigung von freiem Eintritt ein.

Geöffnet Sonntag, den 12. Februar 1928 von 10-6 Uhr

und Sonntag, den 19. Februar 1928 von 10-6 Uhr

Der Vorstand

Im Sinne der Reform-Vereinigungen

Junfer & Hub-Spezialbedienungsverein

über allen Angelegenheiten, die an einen unserer Spezialbedienungsvereine betreffen, wird gebittet, sich an den Vorstand zu wenden.

An beiden Sonntagen wird der Verein, wie auch zu Baden, bei abholter Veranlassung, die Abteilung für Rekrutierung, zwei Kochstellen und dient zur Verlegung der im Winter.

Leitern

Industrie, Gewerbe u. Haushaltung! Reparaturen 1187

Billige Preise in

Arbeitslohn 1611

Spezialarbeiten

Monteur-Anzüge

Wendelarbeiten

